Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitu

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraß

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsvertehr Sammelnummer 24601, Fernvertehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schr

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezie

Nr. 175 × Dienstag, 30. Juli 1935 43. Jahrgang

Heute beginnt die neue Artikelreihe
Sklavenschiffe segeln durchs rote Meer
von Heinz Geck

Neue Überfälle auf deutsche Schiffe angekündigt

Die Komintern droht Frankreich — England gegen Verschleppungstaktik in Genf — Der Kampf um den holländischen Gulden

Weitere Herausforderung

× New York, 29. Juli. (Durch Funkspruch)

Eine Organisation, die sich „Antinazi-Federation" nennt, kündigte am Montag weitere Kundgebungen gegen deutsche Schiffe an und gab bekannt, daß in einer Versammlung von 278 Verbänden Pläne entworfen werden sollen, die sich gegen das Zeigen der Hakenkreuzflagge richteten und zu einem Boykott der „Nazischiffe" führen sollen.

Durch diese erneuten Kundgebungen soll auf die Tatsache hingewiesen werden, daß führende Amerikaner „Nazischiffslinien" benutzen, ungeachtet der „Verletzung der Rechte amerikanischer Bürger in Deutschland und der freventlichen Angriffe auf ihre Religionsgenossen".

•

Was gedenkt die amerikanische Regierung angesichts dieser erneuten unerhörten Herausforderung zu tun? Will man wieder warten, bis sich neue Zwischenfälle ereignen, die durch die Häufung zu einer ernsten amerikanisch-deutschen Verstimmung führen müssen? Will man in Washington das Spiel derer spielen, die systematisch auf die Organisation derartiger Zwischenfälle ausgehen, um die amerikanisch-deutsche Freundschaft zu trüben?

Der Ueberfall auf die „Bremen"

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 29. Juli

Dr. Goebbels hat sich in einem Telegramm an den Kommandanten und die Besatzung der „Bremen" zum Dolmetsch der Gefühle gemacht, die das gesamte deutsche Volk bei den betrübenden Vorfällen im Hafen von New York empfindet:

„Der Besatzung der ‚Bremen' übersende ich meine herzlichsten Grüße mit dem Ausdruck aufrichtiger Bewunderung für ihr tapferes Verhalten bei dem dreisten Ueberfall, den in New York die in allen Ländern gleich feigen und in der Ueberzahl gleich brutalen Kommunisten auf die deutsche Nationalflagge versuchten."

Kommodore Ziegenbein antwortete im Namen der Besatzung: „Für die uns übersandten Grüße danken wir aufrichtigst und bekennen einmütig, daß es jederzeit unsre Pflicht sein wird, wo immer wir auch sind, unsre Nationalflagge gegen Ueberfall zu schützen."

Die Tatsache dieses Telegrammwechsels an sich ist schon ein sehr überzeugender Beweis für die außerordentlich große Beachtung, die man in ganz Deutschland dem Ueberfall auf unsre Flagge zuwendet. Es hat sich in der Tat auch — wir haben das hier bereits mit genügendem Nachdruck hervorgehoben — um einen schlechthin ungeheuerlichen Vorgang gehandelt. In Deutschland ist es mit Genugtuung vermerkt worden, daß wenigstens ein großer Teil der amerikanischen Oeffentlichkeit schnelle und strenge Sühne für den Ueberfall vom Sonnabend gefordert hat.

Doch scheint uns das Verhalten des zuständigen amerikanischen Regierungsvertreters bisher sehr wenig zu dieser eigentlich selbstverständlichen Einstellung zu passen. Der stellvertretende Unterstaatssekretär im Staatsdepartement, Wilbur Carr, hat sich, gelinde gesagt, etwas eigenartig verhalten. Nachdem er formal sein Bedauern über die unerhörten Ereignisse im New Yorker Hafen ausgedrückt hatte, beeilte er sich zu erklären, daß das Staatsdepartement nicht „offiziell vorgehen" werde, ehe es nicht von der Deutschen Botschaft auf den Vorfall aufmerksam gemacht worden sei. Dann werde das Staatsdepartement wahrscheinlich der deutschen Regierung sein Bedauern aussprechen. Diese in diesem Fall sehr wenig angebrachte Flucht in die Formalitäten entspricht unsres Erachtens sehr wenig der tatsächlichen Bedeutung der Angelegenheit, deren Peinlichkeit in allererster Linie doch von der Regierung der Vereinigten Staaten empfunden werden muß. Denn das Ansehen des Welthafens New York und damit schließlich das Ansehen Amerikas als seefahrende Nation überhaupt hat durch die unerhörten Rüpeleien gegen die „Bremen" nicht gerade gewonnen. Es sind nicht zuletzt gewisse amerikanische Zeitungen gewesen, die sich in besonderem Maße an der neuaufgelebten Greuelhetze gegen Deutschland beteiligt haben. Die bedeutungslosen Vorfälle, die diesen Blättern den Grund zu ihrer übersteigerten Entrüstung gaben, können jedoch in keiner Weise zu dem Ueberfall des kommunistischen Mobs auf das deutsche Schiff in Parallele gestellt werden. Es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden: gewisse amerikanische Kreise scheinen sich in der Rolle des Mannes zu befinden, von dem das bekannte Gleichnis erzählt, sie sehen den Splitter im Auge des Nächsten, den Balken in ihrem eigenen nicht. (Siehe auch die Meldung S. 2)

Menschenraub in China

Der Peipinger Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros von Banditen entführt

× Peiping, 29. Juli

Der Vertreter des DNB. in Peiping, Dr. Herbert Müller, und ein englischer Schriftsteller namens Jones wurden auf einer Wagenfahrt von Peiping nach Dolonor von Banditen gefangengenommen. Ihr russischer Chauffeur wurde ebenfalls gefangen, aber dann freigelassen, um die Forderungen der Banditen zu überbringen, die angeblich 100 000 Dollar Lösegeld verlangen. Der Ort des Ueberfalls befindet sich bei Paotschang, ungefähr 150 Kilometer nordöstlich von Kalgan. Die deutsche Botschaft hat sofort die notwendigen Schritte zur Befreiung unternommen.

Der russische Chauffeur der beiden nordöstlich von Kalgan von Banditen entführten Journalisten, der, wie gemeldet, freigelassen wurde, wird am Dienstag in Kalgan eintreffen und die Einzelheiten der Forderungen der Banditen überbringen.

Britische Maßnahmen

× Schanghai, 29. Juli. (Durch Funkspruch)

Die britische Botschaft hat dem britischen Militärattaché Hauptmann Stott, der sich gegenwärtig auf der Rückreise aus der Inneren Mongolei befindet, angewiesen, in Kalgan zu bleiben und von dort aus Verhandlungen über die Auslösung des englischen Journalisten Jones aufzunehmen. Nach einer Reutermeldung aus Peiping ist Jones ein früherer Sekretär Lloyd Georges, der gegenwärtig China als Zeitungskorrespondent bereist. Jones war vor einigen Wochen in China angekommen und hatte kürzlich die Innere Mongolei besucht. Auf dem Wege nach Dolonor in der Mongolei, das er zusammen mit Dr. Müller, der ausgezeichnet chinesisch spricht, erreichen wollte, mußten die Reisenden durch Bezirke, die wegen der kürzlich auf japanisches Verlangen hin erfolgten Zurückziehung der Truppen des chinesischen Generals Sung-Tscheh-Yuan als unsicher gelten.

Die schweren Unruhen in Belfast

1650 Personen Opfer des Glaubenshasses — 384 Familien aus den Wohnungen vertrieben

× London, 29. Juli

Bei einer Kundgebung auf dem Trafalgar Square wurde von mehreren Rednern die Schuld an den Unruhen in Belfast der britischen Regierungspolitik in Irland zugeschrieben. Der Hauptredner war der nordirische Parlamentsabgeordnete Healy, der für das Selbstbestimmungsrecht Irlands eintrat. Er erklärte,

die britische Regierung wolle statt des alten einigen Irland lieber zwei Irlande

haben. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der die bei den letzten Zusammenstößen beteiligten Orangisten und Katholiken als Opfer skrupelloser Politiker bezeichnet werden. Dem irischen Volk sollte das Recht gewährt werden, in Freiheit über seine künftige Rechtsstellung zu entscheiden, und alle Zwangsgesetze sollten in Nordirland wie in Südirland abgeschafft werden. Der aus Belfast stammende Landwirtschaftsminister des irischen Freistaats, Senator Connolly, sagte in einer Rede in Ballinamore, die Vorfälle in Belfast seien

das unvermeidliche Ergebnis der bigotten und irenfeindlichen Politik,

die ihren Ausdruck in der Spaltung Irlands durch die Verordnung von 1923 und das Pogrom von 1921/22 gefunden habe. Dieses schlimme Vermächtnis sei lediglich auf die britische Politik in Irland zurückzuführen. Durch diese Politik seien die schlimmsten Leidenschaften irregeführter Leute ausgebeutet worden. Sie habe zu einer

Vergiftung aller Quellen des nationalen und sozialen Lebens

geführt, deren Wirkung auf das irische Leben der Natur widerspreche. Jedem Versuch, im irischen Freistaat Vergeltungsmaßnahmen für die Vorfälle in Nordirland zu ergreifen, müsse entgegengetreten werden. Die Zukunft Irlands in seiner Gesamtheit mache es erforderlich, trotz des empörenden Verhaltens der Frömmler von Belfast das Uebergreifen des Giftstoffs der religiösen Leidenschaften auf andre irische Bezirke zu verhindern. Der Minister erwähnte noch die wirtschaftliche Unterdrückung der Katholiken in Nordirland, ermahnte aber seine Hörer, Geduld und Langmut zu üben.

Der römisch-katholische Bischof der Grafschaft Down hat einen Aufruf erlassen, in dem er um Geldspenden für die Opfer der katholikenfeindlichen Unruhen in Belfast ersucht. Seiner Mitteilung nach sind

384 katholische Familien in Belfast aus ihren Wohnungen getrieben

worden, die Zahl der obdachlos gewordenen Einzelpersonen soll 1640 betragen. Abgesehen von den obdachlos gewordenen gebe es auch eine große Anzahl Katholiken, denen durch feindliche Behandlung die Fortsetzung ihrer Arbeit in Fabriken und auf Schiffswerften unmöglich gemacht werde. Der protestantische Erzbischof von Dublin, Dr. Gregg, sprach am Sonntag in einer Predigt von den „mutwilligen Angriffen", die sich letzte Woche im Irischen Freistaat gegenüber protestantischen Kirchen, Wohnungen und Geschäftshäusern ereignet hätten. Er sagte, es handle sich wahrscheinlich um Vergeltungsmaßnahmen für die Leiden römisch-katholischer Leute in Belfast, aber das in Belfast geschehene Unrecht werde durch neues Unrecht im Irischen Freistaat nicht wiedergutgemacht werden.

Das abessinische Drama

Zum Wochenende sind zwei neue Noten in Genf eingelaufen. Die eine stammt aus Rom und stellt die Antwort Italiens auf die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes zur außerordentlichen Ratstagung am 31. Juli dar. Die italienische Regierung läßt erklären, daß sie in Addis Abeba nochmals darauf hingewiesen habe, daß Italien mit einer Wiederaufnahme der Arbeiten der Scheveninger Schlichtungskommission über den Zwischenfall von Ual-Ual einverstanden sei, vorausgesetzt, daß diese Arbeiten in den Grenzen des zwischen den beiden Parteien abgeschlossenen Kompromisses bleiben, das heißt also, daß die Frage der Grenzfestsetzung nicht mit besprochen werde. Sobald die abessinische Regierung geantwortet habe, sehe Italien keine Schwierigkeit mehr, an der Tagung des Völkerbundsrates teilzunehmen.

Die abessinische Note erklärt ebenfalls ihre Bereitschaft, die Schiedsverhandlungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig verlangt aber Abessinien eine neue Festsetzung der Vollmachten dieser Schiedskommission. Die italienischen Versuche, den Aufgabenbereich der Kommission und damit auch die Debatte in Genf auf den Zwischenfall von Ual-Ual zu beschränken, werden von Addis Abeba abgelehnt. Die abessinische Regierung habe auch niemals ihre Zustimmung zu einer derartigen Begrenzung der Vollmachten der Schiedskommission gegeben. Das ist also keine vollständige Annahme des italienischen Standpunktes, und man weiß zur Stunde noch nicht, ob Italien nunmehr doch an der Ratstagung teilnehmen wird. In der italienischen Note war nämlich ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß bei einer unbefriedigenden Antwort Abessiniens die italienische Regierung sich ihre weiteren „Bemerkungen" vorbehalte. Trotzdem nimmt man nach den neuesten Meldungen sowohl in London wie in Genf an, daß Italien dennoch nach Genf kommen wird. Die englische Presse weist heute erneut darauf hin, daß die englische Regierung fest entschlossen sei, in Genf energisch aufzutreten und eine Verschleppung der abessinischen Frage nicht mehr zu dulden.

Unterdessen mehren sich die Meldungen über die Unruhe in der farbigen Welt. Aus Dschibuti kommt die Nachricht, daß die Franzosen in ihrem Besitzteil von Somaliland besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen beginnen. Ein englisches Blatt weiß zu berichten, in Italienisch-Eritrea werde die Eingeborenenbevölkerung aufsässig, was den italienischen Oberstkommandierenden, General de Bono, zu besonderen Maßregelungen veranlaßt habe. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt man die weitere Entwicklung der Dinge in Aegypten. Hier sind zwei Strömungen zu unterscheiden. Die eine tritt ganz im Sinne der Interessen Englands für rechtzeitige Sicherung der Kontrolle über die Wasser des Tanasees im Kriegsfalle ein, während eine andre Strömung in einer solchen Aktion eine Ausnützung Aegyptens für rein englische Interessen sehen will.

Italiens Teilnahme steht fest

Aloisi fährt nach Genf

× Rom, 29. Juli. (Durch Funkspruch)

Die Entscheidung über die italienische Teilnahme an der Mittwoch-Sitzung des Rates ist nunmehr gefallen. In den heutigen Abendstunden verläßt die für Genf bestimmte Delegation Rom, während sich der Delegationschef, Baron Aloisi, morgen früh nach Genf begibt. Italien wird in Genf ferner durch zahlreiche Sachverständige und Juristen vertreten sein, darunter durch die Minister Pietro Marchi und Quarnaschelli und durch Professor Lessona.

Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, ist die Haltung Italiens in Genf bisher nicht genau festgelegt worden; sie soll sich vielmehr der Entwicklung der kommenden Genfer Debatte anpassen. Italien nimmt an der Genfer Tagung in der Annahme teil, daß sich die Tagung nur auf ein weiteres Schlichtungsverfahren erstrecken wird. Sollte die Debatte jedoch auf andre Fragen ausgedehnt werden, so behält sich Italien seine Einwände vor.

In der gestern hier eingegangenen Antwort der abessinischen Regierung erklärt man in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß eine neue Auslegung des Ratsbeschlusses vom 25. Mai ein Unding sei. Damals habe der Vertreter von Abessinien stillschweigend der Inter-

Die Zulassung von Nichtariern zum Wehrdienst

× Berlin, 29. Juli. (Durch Funkspruch)

Im „Reichsgesetzblatt" wird eine Verordnung des Reichsinnenministers und des Reichskriegsministers über die Zulassung von Nichtariern zum aktiven Wehrdienst veröffentlicht.

Als Personen arischer Abstammung im Sinne des Wehrgesetzes gelten diejenigen, die arischer Abstammung im Sinne der Beamtengesetzgebung sind. Die in der Beamtengesetzgebung vorgesehenen Ausnahmen gelten nicht für das Wehrgesetz. Personen, deren beide Eltern jüdischen Blutes sind oder die drei jüdische Großelternteile haben, werden zum aktiven Wehrdienst nicht herangezogen; soweit sie wehrfähig sind, werden sie ausnahmslos der Ersatzreserve II überwiesen. Ausnahmen können für Nichtarier zugelassen werden, die nicht mehr als zwei voll-nichtarische, insbesondere jüdische Großelternteile haben.

Die Musterung wird ohne Rücksicht auf die Rassenzugehörigkeit durchgeführt. Ein der Ersatzreserve II überwiesener Nichtarier kann einen Antrag auf Heranziehung zum aktiven Wehrdienst beim „Prüfungsausschuß für die Zulassung zum aktiven Wehrdienst" einreichen. Dieser Ausschuß besteht aus einem höheren Verwaltungsbeamten, einem Offizier und einem Amtsarzt.

Versammlungs- und Uniformverbot für NSDFB. im Kreis Schmalkalden

× Kassel, 29. Juli

Vom Leiter der Staatspolizeistelle wird mitgeteilt:

Auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit Paragraph 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes wird im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten in Kassel dem NSDFB. (Stahlhelm) für den Bereich des Kreises Schmalkalden die Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften jeglicher Art sowie das Uniform-, Fahnen- und Abzeichentragen untersagt.

SLUB
Wir führen Wissen.